

## Perspektiven linker Politik

Zu: „30 Jahre Opposition sind genug“, FR-Politik vom 28. August, und „Vom Haben und Geben“, FR-Magazin vom 31. August

### Wahre Reformen müssen wehtun

Ich sehe mich als Linken, der „diszipliniert“, aber illusionslos der Partei Die Linke in Wahlbewegungen die Stimme gibt. Anspruchslos bin ich deshalb nicht. Das nächste Parteivorstandsduo führt in die Bundestagswahl 2021, das – wenn unter der Option „Rot-Rot-Grün“ – nicht „Mäßigung“, sondern eine radikale Reformalternative zum herrschenden Politikkonzept vertreten sollte.

In der Legislatur 2021–2025 wird Deutschland atomwaffenfrei gemacht und damit eine Dynamik für allgemeine und kontrollierte Abrüstung angestoßen. Mehr Sozialstaat wäre für mich die Einführung der Kindergrundsicherung von 500 Euro monatlich, die über die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung zu finanzieren ist. Sozial-ökologisch ist die Deutsche Bundesbahn durch preisgünstiges Angebot, den Ausbau des Schienennetzes und absoluten Vorrang (Güter und Waren auf die Schiene) klimafördernd zu sanieren und massiv auszubauen, um ein flächendeckend attraktives Netz z. B. für Berufspendler zu schaffen. Absehbar ist auch, dass eine ambitionierte Linke eine die Armen und Schwachen schonende Krisenfolgenpolitik entwickeln muss. Der globale Süden muss uneigennützig Hilfen erhalten.

Eine solche „Reformalternative“ ließe wenig Raum für persönliche Eitelkeit und Rivalität, weil die handelnden Linkspolitiker sich entschieden mit der herrschenden Politik, den Politikern der Rechten und des Nationalismus auseinandersetzen müssten. Also: Inhalte vor Personen und gerade keine politische „Mäßigung“, sondern echte Reformen, die den Reichen und Begünstigten finanziell wehtun und sich zum Vorteil der Nichtbegünstigten auswirken.

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

### Chancen auf eine linke Mehrheit?

Chapeau! Das schätze ich an Gregor Gysi. Er hat einen eigenen Blick auf die Dinge und sieht Aspekte, auf die ich selbst nicht gekommen wäre. Ich habe ihn des Öfteren live erlebt, und er hat mich immer zum Nachdenken gebracht.

Im FR-Interview weist er auf die Frage, 2013 hätten SPD, Grüne und Linke schon einmal die Mehrheit gehabt und sie nicht genutzt, auf die Zufälligkeit dieser Mehrheit im Bundestag hin, weil die FDP ausgeschieden und die AfD knapp nicht hereingekommen sei. Das stimmt.

Sofort habe ich an 1969 denken müssen. Damals erhielten SPD und FDP eine Mehrheit der Sitze im Bundestag, aber diese Mehrheit war dem Wahlsystem geschuldet, das die NPD recht knapp an der Fünfprozentklausel scheitern ließ. Die Turbulenzen, die zur vorzeitigen Bundestagswahl 1972 führten, hatten auch damit zu tun, dass die sozialliberale Koalition noch keine Mehrheit in der Bevölkerung hatte. Die SPD hatte Glück und fuhr 1972 ihr bestes Wahlergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik ein. Dadurch konnte die Legende der sozialliberalen Wende ab 1969 entstehen. In Wirklichkeit haben die Deutschen in der alten Bundesrepublik allerdings niemals eine Regierung abgewählt, sondern die jeweils existierende Regierungskoalition bestätigt. Insofern trifft Gysi den Nagel auf den Kopf.

Dass eine in diesem Sinne zufällige rot-rot-grüne Regierung ab 2013 das gleiche Glück gehabt hätte wie die sozialliberale Koalition ab 1969, wage ich zu bezweifeln. Beim Erfolg von 1972 halfen die Folgen der damaligen bipolaren Welt entscheidend mit, während die Schwierigkeiten inzwischen komplexer sind, was auch das Interview mit Gysi insgesamt aufzeigt.

Siegfried Kowallek, Neuwied

### Es mangelt an Konzept und Strategie

Eine konstruktive, pragmatische, aber trotzdem dezidiert linke Politik hätte in Deutschland durchaus ein Potenzial von 30–40%. Politik der Linken in Deutschland erschöpft sich in schlechter Tradition nicht im Kampf um eine bessere Politik, sondern um die besten Forderungskataloge, die seit Jahrzehnten daherkommen wie Wunschkonzerte. Leider geht es in der Politik nicht um Forderungen aus dem hohlen Bauch; die sind wohlfeil. Und Gerechtigkeitsempfinden ist ein wichtiger Beweggrund für linkes Engagement, reicht aber als politische Begründung einfach nicht aus.

Was bei der Linken fehlt, ist ein überzeugendes Konzept und vor allem eine politische Strategie hinsichtlich der Umsetzbarkeit ihrer Vorstellungen. Eine politische Partei, die etwas bewegen will, muss potenziellen Wählern glaubhaft erklären können, wie sie ihre Ziele erreichen will.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht liegt analytisch doch recht nahe, dass der Anteil von Vermögensteuern und Abgaben an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben steigen sollte. Zudem bieten Vermögensteuern in Zeiten der Krise eine weitere Stellschraube in der Finanzierung des Staates.

Also, liebe Linke: Sucht euch eine oder zwei Forderungen heraus, am besten eine intelligente Vermögensteuer, konzentriert euch als Partei sowohl strategisch als auch konzeptionell auf diese Forderung, peppt sie auf mit einer kräftigen Entlastung der Einkommensteuer durch die Hälfte der Mehreinnahmen aus der Vermögensteuer und bringt so die eingeschlafene SPD ins Schwitzen, weil kein SPDler diesem strategischen Ansatz widersprechen kann, außer aus parteitaktischen Gründen.

Walter Schneider, Frankfurt